Stadt Frankfurt (Oder)
Stadtverordnetenversammlung

Anfrage

Vorlage-Nr:	**26/AFR/0737**
Status:	öffentlich
Einreicher/-in:	Marcus Mittelstädt und AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)
Datum:	02.06.2026

Auswirkungen der kommunalen Wärmeplanung auf das gemeinsame Fernwärmenetz der Städte Frankfurt (Oder) und Slubice

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
09.06.2026	Dezernentenberatung
10.06.2026	Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr, Umwelt und Klimaschutz

Anfrage:

Vorbemerkung der Fragesteller:

Die Stadt Frankfurt (Oder) ist über die sogenannte Europäische Doppelstadt und das grenzüberschreitende Fernwärmenetz bereits heute infrastrukturell eng mit der Republik Polen verbunden. Gleichzeitig verfolgt Polen einen massiven Ausbau der Kernenergie mit weitreichenden Auswirkungen auf Strommärkte, Wärmeerzeugung, Versorgungssicherheit und grenzüberschreitende Energieinfrastrukturen.
Vor diesem Hintergrund entsteht die Frage, ob die Stadt Frankfurt (Oder) die sich daraus ergebenden Chancen, Risiken und Abhängigkeiten ausreichend betrachtet oder ob die kommunale Wärmeplanung bislang weitgehend losgelöst von den tatsächlichen energiepolitischen Entwicklungen im unmittelbaren Nachbarraum erfolgt.

Wir fragen den Oberbürgermeister:

1. In welchem Umfang wurden die energiepolitischen Entwicklungen in Polen, insbesondere der geplante Ausbau der Kernenergie, in die kommunale Wärmeplanung der Stadt Frankfurt (Oder) einbezogen?
2. Welche konkreten Auswirkungen erwartet die Stadtverwaltung auf das gemeinsame Fernwärmesystem Frankfurt (Oder)–Słubice hinsichtlich Preisentwicklung, Versorgungssicherheit und zukünftiger technischer Ausrichtung?
3. Inwieweit werden mögliche Veränderungen des polnischen Strommarktes in Hinblick auf das grenzüberschreitende Fernwärmeprojekt berücksichtigt?
4. In welchem Rahmen sind Gespräche oder Abstimmungen sind im Gemeinsamen Ausschuss Frankfurt (Oder)–Słubice oder in anderen deutsch-polnischen Gremien geplant?
5. Welche Risiken sieht die Stadtverwaltung durch eine zunehmende grenzüberschreitende Energieabhängigkeit im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge?
6. Inwieweit wurden Fragen des Bevölkerungsschutzes, der Krisenvorsorge und möglicher grenzüberschreitender Stör- oder Katastrophenszenarien im Zusammenhang mit der polnischen Kernenergiepolitik betrachtet?

Anlagen:

1	26-AFR-0737 Antwort (öffentlich)

Diese Anfrage wird:

	direkt beantwortet von	
	schriftlich beantwortet	
	zurückgezogen	